



[Startseite](#) > [Bundesblatt](#) > [Ausgaben des Bundesblattes](#) > [2024](#) > [Juli](#) > [125](#) > [BBI 2024 1520](#)

Entwurf

Bundesbeschluss

über die Finanzierung der

Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären

Hilfe in den Jahren 2025 bis 2028

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf Artikel 167 der Bundesverfassung<sup>1</sup>,  
gestützt auf Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976<sup>2</sup>  
über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Mai 2024<sup>3</sup>,

*beschliesst:*

<sup>1</sup> SR 101

<sup>2</sup> SR 974.0

<sup>3</sup> BBI 2024 1518

Art. 1

<sup>1</sup> Für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe wird ein Verpflichtungskredit von 9416,9 Millionen Franken bewilligt.

<sup>2</sup> Der Verpflichtungskredit wird auf die folgenden Verpflichtungskredite aufgeteilt:

Tabelle vergrössern

--	--

	in Mio. Franken
a. Verpflichtungskredit Entwicklungszusammenarbeit	6737,1
b. Verpflichtungskredit Humanitäre Hilfe	2679,8

<sup>3</sup> Die Spezifikationsbefugnis für die Ausscheidung der einzelnen Verpflichtungen richtet sich nach den Anhängen 1 und 2 der Verordnung vom 12. Dezember 1977<sup>4</sup> über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

<sup>4</sup> Die Kreditperiode beginnt am 1. Januar 2025.

<sup>5</sup> Es können bis zum 31. Dezember 2028 finanzielle Verpflichtungen eingegangen werden.

<sup>6</sup> Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit kann in der Periode 2025 bis 2028 zwischen den Verpflichtungskrediten nach Absatz 2 Buchstaben a und b Verschiebungen in der Höhe von maximal 240 Millionen Franken vornehmen.

---

<sup>4</sup> SR 974.01

---

## Art. 2

Die Beträge der Verpflichtungskredite nach Artikel 1 Absatz 2 beruhen auf dem Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise vom Dezember 2023 (106,2 Punkte; Dezember 2020: 100 Punkte) sowie auf folgenden Teuerungsannahmen:

- a. 2025: +1,1 Prozent;
- b. 2026: +1,0 Prozent;
- c. 2027: +1,0 Prozent;
- d. 2028: +1,0 Prozent.

## Art. 3

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum